

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 25 ab Samstag, 31. Oktober 2020 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck »Crowdfunding« bitte an KDW e.V./Lenz IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

CORONA vs. DEMOKRATIE

von Anselm Lenz und Hendrik Sodenkamp

Das sagen Coronisten: »Es gibt einen irre gefährlichen Virus und deshalb soll die Regierung das Grundgesetz brechen,

im rechtsfreien Raum agieren, die Bevölkerung einsperren, freie Debatte unterbinden, Medien und Gewerkschaften gleichschalten,

Berufsverbote verhängen, Kinder und Alte vom Leben entfremden, das Vertrauen in die Wissenschaft in Mitleidenschaft ziehen,

Mittelstand, Gewerbe und Arbeiterschaft in den Ruin treiben, die Polizei benutzen, um friedliche Demonstrantinnen gezielt verprügeln zu lassen, alles und jeden überwachen und einsperren – und allen Menschen ab sechs Jahren OP-Lappen aufnötigen.

Nehmt das! Impfen bis der Arzt kommt, wie es Pharmalobby und US-Konzerne wollen! Wir sind Neofaschisten unter der Maske des Antifaschismus und hauen alles kurz und klein, was mal zivilisatorischer Standard war. Menschenrecht? Vielleicht noch als Klopapier für die Massen! Es ist unsere Krise, denn

Angst ist ein Business!«

EINE ZEITUNG GEGEN DIE ANGST

Seite 2 »Wir«: Der Preis der Republik geht an den Rechtsanwalt Markus Haintz, Anke Wolff klärt über die Gewerkschaftsneugründung DG auf, die Redaktion stellt sich vor.

Seite 3 »Gesundheit«: Sophia-Maria Antonulas berichtet aus dem Lockdown-Regime, überzeitliches Statement Dr. Alexander Richter, aktuelle Statistik.

Seite 4 »Ausland / Interview«:

Unabhängiger Bericht aus Minsk, Interview mit Demokrat David Siber.

Seite 5 »Politik«: Berichte aus der Demokratiebewegung und großer Demokalender.

Seiten 6 und 7 »Wirtschaft«: Ist Drost ein Arzt oder Lobby-Agent?

Seite 8: Aufruf der Wochenzeitung DW.

Das sagen Demokratinnen und Demokraten: »Es gibt glücklicherweise keinen Killervirus. Schulmedizin, Menschen- und Verfassungsrecht sind auf unserer Seite.

Der Finanzmarktssystem ist niedergegangen, das wankende US-Imperium in China hoch verschuldet. Es probiert sich, und die NATO-Zone gleich mit, in dystopisch-kapitalistisch-transhumanistischer Technikherrschaft mit einer Priese Maoismus.

Zeit, sich zu emanzipieren, alle grundlegenden Fragen zu diskutieren und in Volksentscheiden abzustimmen! Unsere Zukunft gestalten wir selbst im Geiste des Menschenrechts, der Völkerfreundschaft, des Internationalismus und des Friedens. Die Welt ist durch den Menschen selbst gestaltbar in Absprache, Aushandlung und fairer Konfliktbewältigung freier und gleicher Individuen, die einander geschwisterlich begegnen (Großdemonstration Leipzig 7.11.).

Auf Basis des Grundgesetzes geben sich die Menschen in Deutschland eine Verfassung und stimmen in basisdemokratischen Verfahren über eine neue Wirtschaftsrahmengesetzgebung ab, die Freiheit, sozialen Ausgleich und Nachhaltigkeit austariert – und den Zugriff globaler Konzerne begrenzt. Am Ende deren Krise steht:

Unser Kampf führt zum Sieg!«

In eigener Sache – 25 Ausgaben DW!

Seit Mitte März 2020 ist klar, dass es bei Corona nicht um die Bekämpfung eines Virus geht. Deshalb begannen wir bereits am 28. März mit den ersten Demonstrationen für das Grundgesetz.

Seitdem haben Millionen Menschen in der ganzen Bundesrepublik, in Europa und der ganzen Welt für ein Ende der unverhältnismäßigen Maßnahmen und des autoritären Gesellschaftsumbaus aufbegehrt.

Zu Beginn hatten wir, wie alle, noch die Hoffnung, dass wir mit unseren Versammlungen und Zeitungen eine rasche Umkehr des Regierungskurses erreichen könnten.

Nachdem jedoch die Stimmen von ausgewiesenen wissenschaftlichen Expertinnen und Experten nicht mehr gehört wurden, selbst Demonstrationen mit Millionen von Menschen nichts änderten und die Regierung nun erneut einen totalitären Lockdown ausruft, wird mit dieser Woche klar: Wir werden alle noch lange im demokratischen Widerstand sein.

Weiter auf Seite 8

Nächster
Schritt:
Verlagsgrün-
der Lenz und
Sodenkamp.



NICHTOHNEUNS.DE

FÜR RECHT UND GERECHTIGKEIT

LAUDATIO Preis der Republik geht an Markus Haintz
von Sophia-Maria Antonulas



»**M**an kann Menschen schlagen, man kann Ihnen Platzverweise erteilen, man kann sie wegtragen, sie einkesseln, wirtschaftlich bestrafen, strafrechtlich verfolgen. Man kann den Strom abstellen, man kann Bühnen stürmen. Man kann versuchen, die globale Veränderung zu verzögern, aufhalten kann man sie nicht.

Keine Gewalt, kein Staat, keine Organisation kann auf Dauer eine globale friedliche Bewegung, die für Freiheit, Gerechtigkeit, Wahrheit und Liebe auf die Straße geht, zerschlagen.« Diese Worte veröffentlichte Rechtsanwalt Markus Haintz auf seinem Telegram-Kanal als Reaktion auf die Polizeigewalt am 25. Oktober in Berlin. Mit feiner Klinge setzt sich Haintz unermüdlich dafür ein, dass das Versammlungsrecht auch für Menschen, die für Grundrechte und Demokratie auf die Straße gehen, Anwendung findet.

In Interviews bleibt er sachlich und zurückhaltend – obwohl ihm anzusehen ist, welch starker Sinn für Gerechtigkeit ihn antreibt und wie unfassbar und unverhältnismäßig er die Vorgehensweise der Exekutive findet. Als Verfechter der Rechte der demokratischen Opposition argumentiert er schlüssig und stets auf Augenhöhe, sodass auch juristische Laien die Sachlage verstehen, wissen, was ihnen zusteht, und sich nicht unnötig einschüchtern lassen. Für die Durchsetzung des Rechts wurde er unrechtmäßig und brutal verhaftet.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Markus Haintz für seinen Berufsethos als Jurist und Anwalt verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz.

Die Bundesjustizministerin Christine Lambrecht erhielt am 22.08.2020 den Preis der Republik, da sie zu jenem Zeitpunkt die Versammlungsfreiheit verteidigte. Seither ist ihre Arbeit mit diesem Preis in erheblichem Maße unvereinbar geworden: Verfassungswidrigkeiten und Gewalt. Lambrecht ist der Preis der Republik mit Bedauern entzogen worden.



Zum Geleit EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten?

Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfundingfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 25. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – Die DW-Redaktion

* Spenden mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW/Lenz, IBAN GB77 REVO 0099 7016 8700 94.



We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz. We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not that what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Kampfkundgebung der Demokratischen Gewerkschaft



Liebe Gewerkschafterin, lieber Gewerkschafter, lieber Mensch! Die junge, aber unaufhaltsam wachsende Demokratische Gewerkschaft (DG) wird in Kürze ihre erste Kundgebung abhalten!

Wir sind nach nur 3 Monaten soweit, dies leisten zu können. Wir rufen jede(n) auf, sich uns anzuschließen! Wir stehen JETZT auf, wir nehmen JETZT den Arbeitskampf unserer Väter und Mütter für unsere Rechte wieder auf, um unseren Kindern und Enkeln eine Zukunft zu hinterlassen, in der sie frei und selbstbestimmt leben und arbeiten können, in einer Welt, die wir gestalten und in der Leben und Arbeiten kein Widerspruch sein sollen, sondern Arbeit mehr als nur Existenzsicherung ist – wo Mensch wirklich Mensch unter Menschen sein darf! Dafür bietet der David dem wankenden Goliath die Hand des Friedens an! Wir geben den Gewerkschaften des DGB die Möglichkeit, sich baldigst mit uns zu solidarisieren statt gegeneinander zu stehen. Dafür müssen die DGB-Gewerkschaften einen 180-Grad-Schwenk vollziehen und wieder für alle Lohnabhängigen und Arbeitslosen kämpfen, anstatt sich mit der neofaschistischen Corona-Regierung und dem dahinterstehenden Konzernimperium zu verbünden.

STOLZE GEWERKSCHAFTER, MACHT EUCH KAMPFBEREIT!

Allerdings fordern wir zuvor alle Gewerkschaften auf, sich endlich zugunsten der Mitglieder und aller Menschen, deren Existenz durch die derzeitigen Einschränkungen unserer freiheitlich-demokratischen Grundrechte zerstört wird, zu positionieren und mit uns an deren Wiederherstellung mitzuwirken. Bis vor Kurzem haben wir Krankheit und kranke Menschen auch im Berufsleben respektiert. Wer krank war, war dadurch nicht seiner Selbstbestimmtheit enthoben. Das und noch Vieles mehr ist seit einigen Monaten komplett anders. Darf ein Virus Grund sein, dass wir Feindschaft gegeneinander aufbauen? Ein lautes, deutliches Nein zu Feindschaft und Spaltung! Ein vernehmliches, unmissverständliches und unbesiegbares NEIN zur »Neuen Normalität« der sich ausbreitenden Neofaschisten! Wann und wo soll das Corona-Regime enden? Wir entscheiden: Jetzt soll es enden! Kommt alle! Euer Kommen wird ein Referendum sein für die Freiheit! Ich bin voller Zuversicht! Terminbekanntgabe demnächst hier und auf allen einschlägigen Kanälen! Angriff! Eure Anke Wolff

Kommt zu den Demos, informiert Euch und arbeitet dort mit, wo wirklich an einer besseren Zukunft gearbeitet wird! Die DG ist JETZT wichtig. Die DG ist JETZT richtig! Ich zolle jedem meinen Beifall und Respekt, die/der JETZT aktives Mitglied wird. Du stehst nicht allein mit einer Schaufel vor einem Berg, wenn Du in Gemeinschaft mit vielen schaufelst. Gemeinsam werden wir den Berg abtragen können! siehe demokratischegewerkschaft.de

Diese »Banken« schlossen oder verweigerten dieser Wochenzeitung aus regierungspolitischen Gründen die Konten.



»ALLEIN SEIN, IST DIE HÖLLE«

Die Regierung macht mit ihren Maßnahmen Kranke fertig. Wer mit dem Slogan »leave no one behind« den Regimekurs stützt, ist zynisch.

von Sophia-Maria Antonulas

Für Suchtkranke bedeuten die Corona-Maßnahmen, dass ihr Auffangnetz wegbricht. Das hat tödliche Folgen. Lockdown, Maskenpflicht, Anwesenheitslisten und Kontaktbeschränkungen machen die Arbeit für Selbsthilfegruppen unmöglich.

Selbsthilfegemeinschaften wie *Anonyme Alkoholiker*, *Narcotics Anonymous* oder *Anonyme Spieler* unterstützen suchtkranke Menschen dabei, ihre Abhängigkeit loszuwerden. In größeren Städten finden jeden Tag drei bis vier Treffen der verschiedenen Gruppen statt. Sie dienen als erste Anlaufstelle und Hilfesuchende finden hier Verständnis und Gehör. Jeder kann daran teilnehmen, ganz anonym. Viele Suchtkranke gehen sogar zu mehreren Veranstaltungen täglich. »Von einer Drogenabhängigkeit kommt man nicht so einfach los. Aber die eineinhalb Stunden, die so ein Meeting dauert, muss man schon mal keine Drogen nehmen«, erklärt Peter Müller (*Name von der Redaktion anonymisiert*), der selbst betroffen ist. »Wir nehmen einander wahr, geben uns Kraft und Hoffnung. Umarmungen sind essentiell. Neue Leute sind die Wichtigsten, weil der erste Schritt auch der schwierigste ist.« Ein wesentlicher Aspekt der Selbsthilfetreffen ist auch, dass niemand weggeschickt wird.

Bei Ausgangssperren oder Lockdowns, können diese persönlichen Gruppentreffen allerdings nicht stattfinden, und Online-Meetings bilden auch hierfür keine echte Alternative. »Denn auf Zoom kann man sich nicht umarmen. Es kommt keine Atmosphäre, kein Gemeinschaftsgefühl auf. Die Energie, die sonst zwischen den Menschen entsteht, fehlt einfach«, schildert Müller die schwierige Situation. Ist ein Teilnehmer traurig, kann ihm niemand

die Hand auf die Schulter legen. »Ein Süchtiger hat destruktive Gedanken. Alleine zu sein, ist die Hölle. Da kann eine Umarmung echt Wunder bewirken. Man merkt, wie Wut und Stress sofort abnehmen.« Bei persönlichen Treffen wird auch viel gelacht, bei Online-Meetings passiert das nicht. Dazu kommt noch, dass die Zoom-Meetings durch Hacker gestört werden.

GESCHLOSSENE GESELLSCHAFT

Aus der Not heraus trafen sich einige Betroffene heimlich, obwohl das gegen die Prinzipien der Selbsthilfegemeinschaften verstößt – jeder kann kommen und alle sind gleich. So fand in den sonst so offenen Gemeinschaften plötzlich eine Spaltung statt. Hinzu kommt noch die Maskenpflicht, die den Vermietern durch die Hygieneregeln vorgeschrieben werden: Können einige Teilnehmer keine Maske tragen, wird ihnen von anderen nun Misstrauen entgegengebracht. Auch Anwesenheitslisten sind vorgeschrieben, wodurch die so wichtige Anonymität wegfällt. Der warme Ort, die Geborgenheit in der Gemeinschaft, wo ein Suchtkranker einfach als Mensch angenommen wird, ist verloren gegangen.

Nicht nur einzelne Menschen sind von einer Drogenabhängigkeit betroffen, sondern die gesamte Familie, besonders Kinder leiden darunter. Auch Müller muss mit ansehen wie jetzt mehr Leute rückfällig werden, weil die Corona-Maßnahmen ihr Leben und ihre Existenz zerstören. »Es reichen zwei Wochen, um Leute über die Klinge springen zu lassen, oft sind Minuten entscheidend«, erklärt Müller. »Ein Bekannter wollte in die Entgiftungsstation, die konnte ihn aber während des Lockdowns nicht aufnehmen. Eine Woche später war er tot.«

ÄRZTINNEN UND ÄRZTE IM DEMOKRATISCHEN WIDERSTAND:

Meine Einschätzung der Lage

von Dr. med. Alexander Richter, Mitglied des Demokratischen Widerstandes, Stadland (Wesermarsch)

MEDIZINISCH: Als langjähriger Arzt für Chirurgie, Sportmediziner und Notfallmediziner sowie Instruktor für Arthroskopie durfte ich nicht nur in Deutschland, sondern seit 2003 auch in Lateinamerika – vor allem in Mexiko – berufliche und menschliche Erfahrung sammeln. Unter Hinzuziehen aller mir zugänglichen Quellen und in Einklang mit meinem Wissen und meiner Erfahrung, bin ich mit vielen Experten einer Meinung, dass es sich bei der vorliegenden Coronaviruserkrankung um ein Phänomen handelt, das uns Menschen gut bekannt ist, uns jährlich wiederkehrend trifft und mit der normalen Grippe vergleichbare Erscheinungen wie Vorkommen und Mortalität in der Bevölkerung hat. Aus medizinischer Sicht besteht weder Grund zu besonderem Handeln noch zu übermäßiger Vorsicht. Besonders anfällige Personen sollten sich entsprechend sinnvoller Vorgaben individuell schützen.

POLITISCH: Die medizinisch nicht begründbare weltweite Panik und Hysterie ist meines Erachtens bewusst politisch induziert. Die nicht nur in Deutschland getroffenen, der medizinischen Lage nicht angemessenen Maßnahmen übersteigen bei weitem die erforderliche Verhältnismäßigkeit. Die Einschränkung beziehungsweise Aufhebung gravierender Grundrechte sowie die Art und Weise der Änderung der Gesetzgebung ist mit nichts zu rechtfertigen. Wir laufen unter Ausbeulung der Grundgesetze Gefahr, uns einer massiven globalen und diktatorischen Kontrolle unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Gesundheit unterwerfen zu müssen. Dies muss mit allen zur Verfügung stehenden friedlichen Mitteln verhindert werden.

»Wäre uns der Virus nicht aufgefallen, hätte man vielleicht gesagt, wir haben dieses Jahr eine schwerere Grippewelle«

Prof. Streeck, Virologe der Universitätsklinik Bonn

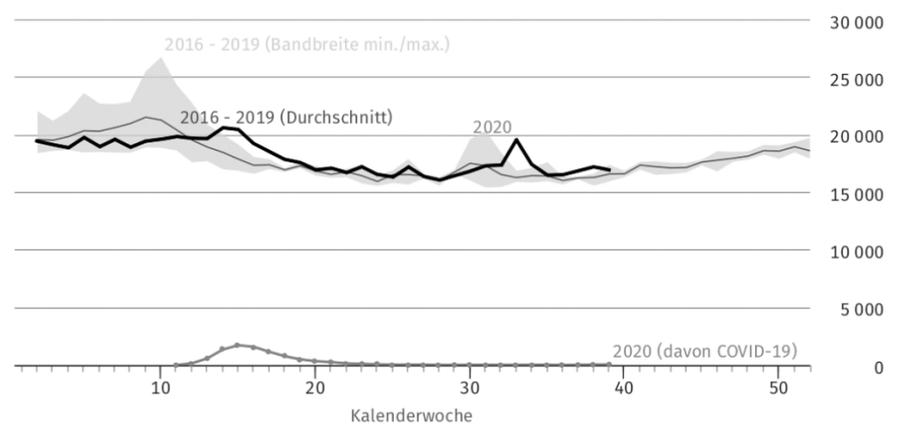
»Hätten wir nichts von diesem neuen Virus da draußen gewusst und hätten wir keine Menschen mit PCR getestet, wäre uns die Anzahl der Gesamt-Todesfälle durch grippale Infekte in diesem Jahr nicht ungewöhnlich erschienen.«

Prof. John Ioannidis, Professor für Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit, Stanford Universität, USA

»Dieser Crash ist gewollt«

Dirk Müller, Finanzexperte

Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland



Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt, COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut

© Statistisches Bundesamt (Destatis), 2020

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die obenstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen im Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Der Sars-Cov-2-Virus (Corona) existiert. Er ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden.

Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menscheitsbrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

+++MELDUNG+++

REGIERUNG HANDELT GEGEN ÄRZTLICHEN RAT

Berlin/DW. Am 28. Oktober 2020 tagten die Ministerpräsidenten der Bundesländer im Bundeskanzleramt, um die Maßnahmen zur Eindämmung von Corona zu verschärfen. Am Morgen des gleichen Tages rieten die Vertretungen der schulmedizinischen Ärzte in einer Pressekonferenz davon ab. Sie sehen die Maßnahmen als nutzlos, unwissenschaftlich, unverhältnismäßig und gefährlich an. Statt die Menschen zu drängsalieren raten sie dazu, gefährdete Personenkreise zu schützen. Die Regierung setzte sich am Abend über den ärztlichen Rat und die Expertise hinweg und beschließt eigenhändig alternative Heilmethoden gegen den Corona-Virus (Seite 7).

Wie ein übersichtlicher und moderater Weg hinaus aus dem Corona-Fiasko aussehen könnte, machte das Papier der Kassenärztlichen Vereinigung vom 28.10. deutlich, gezeichnet unter anderem von Prof. Henrik Streeck und Prof. Jonas Schmidt-Chanasit:

»Für den Schutz von Risikogruppen sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Besucher in Seniorenheimen, Pflegeheimen und Krankenhäusern erhalten in einem »Schleusen«-Modell nur nach negativem Antigen-Schnelltest Zutritt.

- Das ärztliche und pflegerische Personal sowie das Reinigungspersonal werden regelmäßig getestet.
- Das ärztliche und pflegerische Personal sowie das Reinigungspersonal und auch die Besucher tragen beim Kontakt mit den Patienten/Bewohnern FFP2-Masken.
- Der Aufbau und die Unterstützung von Nachbarschaftshilfen für Personen, die der Risikogruppe angehören, aber zu Hause leben, wird durch Städte, Kreise und Kommunen etabliert. Personen, die sich selbst isolieren, sollen dabei unterstützt werden. Gleichzeitig muss ihre medizinische Versorgung gewährleistet werden.«



Foto: Commons



PROST, UNABHÄNGIGES WEIßRUSSLAND!

Als Beispiel für einen liberalen Umgang mit Corona wird häufig Schweden genannt. Doch auch in Belarus wurde dem Virus mit medizinischen Mitteln begegnet. Hat dort ein Diktator sein Volk geopfert?
EINORDNUNG von Ilia Ryvkin

Die Republik Belarus erfuhr keine Quarantäne, das Tragen einer Maske wurde der Verantwortung des Einzelnen überlassen. Die zwischenmenschliche Kontakte wurden polizeilich nicht beschränkt. Das Regime an der Außengrenze änderte sich nicht. Restaurants, Museen, Kinos, Techno-Clubs genossen einen durchgehenden Betrieb. Kinder liefen in die Schule, Studenten zur Uni, alle ohne Mund-Nasenschutz. Der nationale Fußball zeigte der Corona-Psychose die Rote Karte. Planmäßig und mit Zuschauern auf den Stadiontribünen haben die Clubs den Spielbetrieb für die Meisterschaft aufgenommen.

Am 9. Mai feierte das Land den 75. Jahrestag des Siegs über das nationalsozialistische Deutschland mit einer prächtigen Militärparade. Tausende Soldaten marschierten in der Hauptstadt dicht an dicht durch das Zentrum. Auch der berühmte sowjetische Weltkriegspanzer T-34 fuhr durch die Stadt, neben anderem schweren Kriegsgeschütz, darunter moderne Raketen. Am Himmel flogen Hubschrauber und Kampfflugzeuge. Das Leben ging weiter wie zuvor. Da fragt man sich nach den Folgen dieses legeren Umgangs mit der Königin-Corona. Hat ihre schreckliche Majestät das Land aus Ehrenrache verwüsten lassen?

Bis dato wurden in der Republik 93.7071 Infektionsfälle registriert, davon sind 9.612 Menschen an COVID verstorben. Es ergibt sich daraus ein Koeffizient von 96,573 letalen Fällen je Million Einwohner, niedriger als im ein- und zugesperrtem Deutschland, wo dieser Wert bei 121,33 liegt.

Die vom dortigen Staatsamt für Statistik unterbreitete Daten werden immer wieder von oppositionellen, westlichen, aber auch russischen Medien scharf angefochten. Dazu sagte der Gesundheitsminister Wladimir Karanik: »Zunächst versuchten wir, die Öffentlichkeit so genau wie möglich zu informieren, was leider eine Einmischung der Medien in das Private nach sich zog. Sie säten Panik.«

ZAHLEN UND FAKTEN

In Weißrussland, wie auch anderswo, ist ein gewisses Misstrauen gegenüber den staatlich unterbreiteten Daten durchaus berechtigt, dennoch sehe ich den Generalverdacht auf eine massive Datenfälschung als unbegründet an. Es gibt nirgends Hinweise auf Datenfälschung und erst Recht keine Beweise. Anders als bei der Präsidentschaftswahl. Die statistischen Daten werden anhand medizinischer Befunde bereitgestellt, die noch dazu von zehntausenden Medizinern angefertigt wurden; eine Dokumentation von vielen Fachleuten, die sich weder massenweise fälschen, noch vernichten lässt. Der Zusammenhang von Todesur-

sache und einer Corona-Infektion, also die Frage, ob der Patient mit oder an Corona gestorben ist, obliegt der Zuständigkeit des jeweiligen Pathologen anhand der geltenden Richtlinien. Dabei würde ich den belorussischen Ärzten keine verhängnisvolle Tendenz unterstellen, eher wird die Mortalitätsrate in anderen Ländern bewusst in die Höhe getrieben.

Man kann von Alexander Lukaschenko halten, was man will, aber er verscharrte keine Leichenberge mit seinen berühmten Traktoren auf den Kolchosefeldern! Die vom Amt für Statistik veröffentlichten demographischen Zahlen können nicht unverhältnismäßig manipuliert sein. Dafür sprechen auch die absoluten Sterbezahlen.

Zum Vergleich nehmen wir die drei Frühlingsmonate, die Zeit also, in der über Deutschland ein Lockdown verhängt wurde. Vom März bis Mai dieses Jahres gab es in Weißrussland insgesamt 33.5425 Todesfälle. Der Vergleich zum Vorjahr ergibt ein Ansteigen von 7,49%, der zwar höher als der Deutsche mit 2,6 % ist, liegt aber deutlich unter dem europäischen Mittelwert von 15,23 %, den 18,46 % für Frankreich, 30,23 % für Italien, gar 46,31 % für Spanien.

Eins können wir sicher sagen: Trotz der freiheitlichen Vorgehensweise gegenüber Corona, ist in Weißrussland keine Gesundheitskatastrophe ausgebrochen.

»GEHORSAM DURCH ANGST«



Ein junger Politiker sprach bei den Großen Augustdemonstrationen der Demokratiebewegung vor einem Millionenpublikum.
INTERVIEW mit David Siber

DW: Herr Siber, Sie sind Berufspolitiker, nahmen dann aber eine moderat oppositionelle Haltung zu den Corona-Maßnahmen ein. Weshalb?

Siber: Ich bin angehender Politologe und Europäischer Ethnologe. Berufspolitiker war ich nicht. Bis zu meiner Rede am 29.08.2020 in Berlin war ich Bürgerschaftliches Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen und saß in zwei Ausschüssen der Stadt Flensburg. Ich war mit Beginn der Situation um Sars-CoV-2 bemüht, innerparteilich für einen Dialog aus mehreren Richtungen zu sorgen. Die wissenschaftliche Risikobewertung und die Minimierung von Folgeschäden durch Maßnahmen waren dabei mein Anliegen.

Was sind Ihre Schlüsse?

Wenn Grundrechte eingeschränkt werden, muss dies zwingend umfangreich begründet und fortlaufend auf Verhältnismäßigkeit geprüft werden. Das war und ist jedoch nicht der Fall. Nach der Rede wurde ich, ohne Anhörung, sofort aus Fraktion und Mandat ausgeschlossen. Davon erfuhr ich aus den sogenannten sozialen Medien.

Was lässt ein solcher Umgang auf die Corona-Situation insgesamt schließen?

Ein solcher Umgang mit kritischen Stimmen lässt grundsätzliche Zweifel an der aktuellen Politik entstehen. Wie ausgewogen sind Entscheidungen? Was dient als Informationsgrundlage? In welcher Weise wurden divergierende Ansätze gewürdigt? Warum gibt es keine inhaltliche Opposition? Dies alles sind Fragen, an deren Ende Vertrauen an zentraler Position steht. Schafft es die Politik nicht, ihr Handeln transparent zu erklären, dann geht dieses Vertrauen verloren. Der Prozess zur Erklärung eigener Entscheidungen wird seitens der Politik seit März umgangen. Stattdessen wählte man die Strategie: Gehorsam durch Angst.

Wie geht es für Sie weiter? Und was empfehlen Sie unseren LeserInnen?

Ich empfehle Ihren Leser*innen friedlichen Widerstand zu leisten, aufzuklären, weiterhin stark zu bleiben. Und Toleranz gegenüber Mitmenschen, welche sich der Desinformation durch den Staat nicht ausreichend entziehen konnten. Ich beteilige mich derzeit an der Gestaltung einer Lösung im politischen Bereich, bisher arbeite ich dazu im Hintergrund. Das wird sich demnächst ändern.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.



Weißrussland hat das Ende der Sowjetunion, anders als viele Staaten des sozialistischen Lagers, ökonomisch recht gut weggesteckt. Eine Bananenrepublik war das Land nie. Hier: Die Hauptstadt Minsk bei Sonnenschein und vor dem Erscheinen der Demokratiebewegung.
Foto: Tomislav Markić

Unterstützung aus der Zivilgesellschaft

Im Gespräch mit zwei Aktivisten der Minsker Initiative »ByCovid19«. EIN PROTOKOLL von Ilia Ryvkin

»Am Anfang der Infektionslage«, so Andrej Tkatschjow, Aktivist von der Minsker Gesundheitsinitiative ByCovid19, »war unser Gesundheitssystem geschockt und überfordert. Es fehlten die einfachsten Sachen: Persönliche Schutzmittel für Mediziner, Thermometer, auch Sauerstoff-Konzentrate. Es kamen Hilferufe in sozialen Netzen. Mit 350 belorussischen Rubeln, umgerechnet 150 Euro in der Kasse, fingen wir an. Dann flossen große private Zuwendungen an uns. Fehlende Mittel zu erwerben, Logistik, Transport, Verteilung, das war unsere Sache - und nicht die des Staates.« Es fehlte also an den gleichen Sachen, wie überall. - »Das Gesundheitsministerium stellte sich uns nicht in den Weg. Dieses Vertrauen entstand jedoch nicht auf einmal. Jegliche Eigeninitiative ist für den Staat grundsätzlich ein rotes

Tuch. Die staatlichen Medien redeten die Lage schön. Das Gesundheitssystem war aber nicht vorbereitet. Insgesamt übernahmen wir die Versorgung für mehr als 2.000 Einrichtungen landesweit.«

»In einer Kleinstadt sah ich eine Krankenschwester weinen«, erzählt ein anderer Aktivist namens Mitja weiter, »als ich 50 Atemschutzmasken für sie auspackte. Wenn eine Frau im Alter deiner Mutter wegen 50 Stück Stoff heult, stellt sich die Welt auf den Kopf! Es war nicht so, wie es sich die Schreibtischhelden vorgestellt hatten. Es war ein Schmerz, heftig und wahr!« - Ob sie wohl vom Staat bei der Arbeit behindert wurden? - »Die Polizei stellte sich nicht quer, das sind ja auch Menschen und könnten davon betroffen sein«, so Mitja, der seinen Nachnamen nicht in einer Zeitung lesen mag. »Einmal

haben wir Verkehrsregeln verletzt und wurden angehalten. Als die Verkehrskontrolle unseren Auftrag verstand, verhängte sie aber keine Strafe, sondern wollte uns sogar zum Zielort begleiten. Wenn nicht unsere Ärzte und ihre Hingabe gewesen wären, verdammt, was wäre passiert! Die sollten alle Chefärzte anzeigen lassen. Die schickten sie ohne Schutzmittel zum Einsatz und berichteten nach oben, alles sei gut. Alles beginnt mit einer kleinen Lüge, die wie ein rollender Schneeball wächst. Sie lügen sich an und der Präsident bekommt ein verzerrtes Bild. Er hätte mit uns offen und ehrlich sprechen sollen.« - Wäre ein Shutdown besser gewesen? - »Nein, das würde unsere Wirtschaft zugrunde richten, effizient ist es auch nicht. Der Präsident hat alles richtig gemacht, außer eben die Kommunikation.«

PROBLEMFALL DOKTER DROSTEN

Der unter Corona maßgebliche Institutsleiter der Charité ist möglicherweise nicht einmal Arzt, geschweige denn ein ausgewiesener Wissenschaftler – sondern Lobby-Agent. Der Widerstand ermittelt von Herrmann Ploppa

Am Rad drehen sie ja gerade wieder mal, die Konzern- und Regierun- medien. Ein »irrer Anstieg der Inzidenzen« wird hier halluziniert.

»Inzidenzen« klingt ungeheuer klug. Wichtig wichtig. Gemeint ist einfach die Anzahl aller Fälle in einem festgelegten Zeitraum. Oder »Krankenhäuser erwarten neuen Ansturm«. Und Bundesmutter Angela Merkel droht uns mit der Totaleinschließung, wenn wir nicht gehorsam auf soziale Kontakte verzichten. Es wird unisono auf allen Kanälen vermittelt, wir stünden erneut vor einer entsetzlichen Pandemie. Särge. Krematorien machen Überstunden.

Tatsächlich geben die aktuellen Zahlen so eine Apokalypse in keiner Weise her. Am Tag der Niederschrift dieses Artikels (27.10.2020) gibt das Hauptquartier der Regierungsbehörde mit dem Namen *Robert-Koch-Institut* bekannt: Erfasste Corona-Fälle dieses Jahr bis jetzt: 449.275. Verstorben an oder mit SARS-Cov-2: 10.098. Als »genesen« gemeldet: 321.536 Personen.

ZERSTÖRTE WISSENSCHAFT

Warum ich »genesen« in Anführungszeichen setze? Weil die allermeisten dieser so titulierten Personen nie krank gewesen sind. Bei ihnen konnte das Virus irgendwann einmal festgestellt werden. Als »genesen« gelten sie, weil ein erneuter PCR-Test negativ ausgefallen ist. Denn alle die oben genannten personalisierten Schicksalskolonnen sind durch »Doktor« Drostens PCR-Tests gewandert.

Hätten wir jetzt einen intakten Wissenschaftsbetrieb in Deutschland, dann würden die Wissenschaftler den Medienfritzen und Politikern sagen: »Leute, hängt mal die Sache ein bisschen tiefer! Menschen, bei denen ein SARS-Cov-2-Virus gefunden wird, sind deswegen noch lange nicht krank. Es ist normal, dass, wenn ein neuer Virustyp die Szene betritt, er zunächst viele unvorbereitete Körper antrifft und Ärger bereitet. Je länger ein Virus im Umlauf ist, und je mehr Leute diesen Virus eingefangen haben, umso mehr haben sich die Leute daran gewöhnt und deren Körper können mit dem neuen Virus prima zusammenleben.«

Und weiter hieße es: »Wie? Gerade erst zehn Prozent der Bevölkerung haben sich den Virus eingefangen? Das ist skandalös! Das Ziel liegt bei hundert Prozent! Viren sind notwendig für die Evolution.« So ähnlich hätte es die weltweit profilierte Virologin Karin Mölling sagen können, die schon zu Beginn der Fake-Pandemie die Wahrheit sagte. Aber Frau Mölling ist ja auch schon seit

langer Zeit im Ruhestand und kommt aus der guten alten Zeit einer Wissenschaft, die sich dem Wohl der Menschheit verpflichtet sah. Das ist seit einiger Zeit *out*. Die Wissenschaft ist heute die Magd der profitorientierten Wirtschaft.

Seit Jahrzehnten wird der Staat, wird der öffentliche Wirtschaftsbereich insgesamt, systematisch und ohne Not ausgehungert. Folge: Die abgemagerten Universitäten müssen sich ihr Geld woanders holen. Bei Konzernen und Stiftungen. Das ist beabsichtigt. Denn die hatten ja vorher schon ihren Einfluss durch Lobbygruppen bei den Politikern geltend gemacht, die öffentlichen Finanzen entsprechend zu ruinieren.

Stichwort Marktradikalismus, mittlerweile auch nicht ganz korrekt Neoliberalismus genannt. Und während wir uns entsetzt und ungläubig die Augen reiben, sind die Tatsachen bereits vollendet. Wussten Sie, dass heute bereits zwei Drittel aller professoralen Lehrstühle »Stiftungsprofessuren« sind? Und dass vierzig Prozent aller Stiftungsprofessuren direkt von Konzernen bezahlt werden? Eine unabhängige Grundlagenforschung: Schnee von gestern. Der Professor und seine Wasserträger im universitären Mittelbau sind nur noch damit beschäftigt, ihren privaten Gönnern in vorauseilendem Gehorsam jeden Wunsch von den Lippen abzulesen.

Unser großer Viren-Guru Christian Drostens ist zum Beispiel ein W3-BIH-Professor für Virologie an der Berliner Charité. Was das ist? Drostens »lehrt« am *Berlin Institute for Health*. Das ist ein Institut außerhalb der Universitäten, gegründet vom Land Berlin. Bezahlt wird die Forschung dort von der



Alles Ärzte? Konzernlobbyist Christian Drostens (r.) auf der Schulbank, bemuttert vom 57-jährigen Rockgitarristen Farin Urlaub von der Fun-Punk-Gruppe »Die Ärzte«. Drostens ist möglicherweise genauso Arzt, wie der Musiker mit unabhängiger Stimme spricht: Urlaub hatte am zurückliegenden Sonntag in den ARD-Tagesthemen das Corona-Regime unterstützt, um seine neue Platte zu promoten.

Collage: Jill Sandjaja / DW

Schein oder Sein?

Kommissar Aschmoneits Recherchen im Fall des Monsieur Drostens

Nun ja, Krimalkommissar ist Artur Aschmoneit nun nicht wirklich. Vielmehr ist Aschmoneit promovierter Historiker und Experte für Informationstechnologie. Historiker haben mit Zivilfahndern gemeinsam, dass sie Gegenstände, Urkunden, Zeugenaussagen oder auch Dokumente gründlich erforschen müssen. Wobei ihnen gewisse Annahmen (oder auch: Hypothesen) den Weg weisen sollen, den Täter oder die geschichtliche Wirklichkeit möglichst schnell ermitteln zu können.

Man kann die Arbeit im Fall Drostens durch Aschmoneit mit Fug und Recht als kriminalistische Feinarbeit bezeichnen. Artur Aschmoneit betreibt seinen eigenen Blog *corodoc.de*, weil ihm die ganze Geschichte von der todbringenden Pest mit Namen Corona von Anfang an nicht schlüssig schien. Mit großer Präzision erforscht er alle verfügbaren Quellen zu Corona. Der Außerparlamentarische Corona-Untersuchungsausschuss (ACU) hatte Aschmoneit deshalb eingeladen, um zu den Unklarheiten der nicht vollständig öffentlich zugänglichen Doktorarbeit des deutschen Star-Coronologen Christian Drostens, eingereicht an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Stellung zu nehmen. Schon seit Monaten zirkuliert in den sozialen Medien die Frage, ob Drostens überhaupt eine Doktorarbeit geschrieben hat. Drostens Promotion erwies sich lange Zeit als *Fata Morgana*. Sie war einfach nicht in den einschlägigen Bibliotheken auszuleihen.

Aschmoneit ging den Bibliothekaren mit seinen indiskreten Fragen auf die Nerven. Das hat sich gelohnt, weil sich in der Befragung beim ACU durch die Rechtsanwälte Rainer Füllmich und Viviane Fischer gezeigt hat:

1. Die Dissertation von Christian Drostens mit dem Titel »Etablierung von Hochdurchsatz-PCR-Testsystemen für HIV-1 und HBV zur Blutspendertestung« war zunächst seit ihrer Veröffentlichung im Jahre 2003 nicht ausleihbar bis Juni 2020
2. Öffentlich online verfügbar ist lediglich ein vierseitiges Inhaltsverzeichnis mit dem Erscheinungsdatum »Hamburg 2001«
3. Im August beschied die Universitätsbibliothek Frankfurt Aschmoneit, er könne die Dissertation erst Ende 2021 ausleihen. Bis dahin sei das Werk anderweitig ausgeliehen.
4. Da das Werk nur im Lesesaal einsehbar sei, erteilte Aschmoneit einen Kopierauftrag. Daraufhin ließ der Leiter im Referat Lesesaal schriftlich wissen, das Werk könne erst sieben Jahre nach Drostens Ableben eingesehen werden. Eine seltsame Übertragung des Urheberrechts auf Ausleihbedingungen. Selbstverständlich muss eine Dissertation nach ihrer Annahme jederzeit allen Interessierten zur Verfügung stehen.
5. Dann hieß es, alle verfügbaren 30 Pflichtexemplare der Dissertation seien bei einem Wasserschaden unbrauchbar geworden. Der Wasserschaden fand im Jahre 2014 statt. Genug Zeit ist seitdem verstrichen, um neue Exemplare herzustellen.
6. Auf die öffentliche Irritation über die Nichtverfügbarkeit von Drostens Doktorarbeit reagierte die Uni Frankfurt mit einer Erklärung, die auf ihrer Webseite einsehbar ist: Derzufolge hat Drostens nach dem Wasserschaden sein eigenes Exemplar der Uni zur Verfügung gestellt. Nun stellt sich allerdings die Frage: warum hat Herr Drostens denn nicht seine Dissertation einfach mal als PDF ins Netz gestellt, um den bösen Gerüchten über eine Nichtexistenz seines Werkes ganz locker entgegenzutreten? Schließlich ist es schon lange Standard,

- wissenschaftliche Manuskripte, sogar Seminararbeiten im Internet zu veröffentlichen.
7. Laut Aussage der Goethe-Universität ist Drostens Doktorarbeit ein Substrat von drei wissenschaftlichen Fachaufsätzen in englischer Sprache, die vorher in Zeitschriften erschienen sind. Nun fällt dabei sofort auf, dass Doktorarbeiten mindestens eine neue Erkenntnis bieten sollen, die in dieser Form zuvor noch nie irgendwo publiziert wurde. Und es sollte die originäre Eigenleistung des Doktoranden sein.
 8. Nun sind aber die drei Aufsätze, die der Doktorarbeit zu Grunde liegen, von mehreren Autoren erstellt und unterzeichnet worden. Und, man staunt: Als einer der Ko-Autoren der besagten drei Aufsätze zeichnet ein gewisser W. Kurt Roth. Jener Herr Roth ist aber der Doktorvater von – Christian Drostens! Man bedenke: Drostens bekam für seine Dissertation von seinem Doktorvater W. Kurt Roth die Bestnote *Summa cum Laude*. Eine bizarre Situation: ein Doktorvater bewertet durch seinen Schützling seine eigene Arbeit mit der Bestnote.
 9. Dazu kommen noch ein paar Seltsamkeiten am Rande: Die so genannte »Ehrenwörtliche Erklärung«, also eine eidesstattliche Erklärung, dass die Arbeit vom Unterzeichner selber stammt kommt ohne Unterschrift aus! Als Datierung steht da: »Im April« und das Kolloquium, also das abschließende gelehrte Streitgespräch, soll an einem Samstag stattgefunden haben. Etwas ungewöhnlich, wo man sich doch an der Uni bereits am Donnerstagmittag gegenseitig ein »schönes Wochenende« wünscht.
 10. In der Leipziger Filiale des Nationalbibliothek konnte ein Journalist mittlerweile 75 Prozent der Dissertation von Drostens kopieren. Was ist mit den restlichen 25 Prozent?

Aufklärung im ACU: Füllmich, der Hamburger Rechtsanwalt, der auch die Corona-Sammelklagen koordiniert, äußerte angesichts dieser Ungereimtheiten den Verdacht, dass eine Doktorarbeit gar nicht vorgelegen haben könnte und erst im Juni 2020 eine Dissertation aus den vorhandenen drei Aufsätzen aus den frühen 2000er Jahren zusammengestoppelt wurde. Wir wissen es nicht. Soviel allerdings ist klar: Wenn Christian Drostens nicht bald die komplette Doktorarbeit vorlegt, am besten online als pdf, könnte es für den Star der Regierung noch deutlich ungemütlicher werden.

Stiftung Charité. Und in dieser Stiftung Charité sitzt ein Herr Stefan Quandt, und zwar im Vorstand und gleichzeitig im wissenschaftlichen Beirat. Quandt? Ja genau. Der Name Quandt steht für Deutschlands reichste Sippe, mit schlappen 31 Milliarden Euro (lachen Sie nicht, Mister Gates, über diese *Pe-anuts*: Die deutschen Milliardäre sind nun einmal etwas »ärmer« als Sie).

Offensichtlich braucht ein Stiftungsprofessor weder einen echten Dokortitel (siehe Infobox linke Seite) noch eine Habilitationsschrift zu verfassen. Eine Habilitationsschrift ist sozusagen das Gesellenstück des angehenden Professors. Drosten hat kein professorales Gesellenstück gefertigt. Und er hat zwar zwei Lehrstühle. Aber er lehrt nicht. Ein wahrer *Leerstuhl* also: Kein Befund im Vorlesungsverzeichnis. Außer in einer Sonntagsvorlesung, gesponsert von Pfizer, Bayer, Sanofi, Berliner Chemie, Menorini und *Berliner Morgenpost* (Springer-Verlag).

KRIMINELLE KONZERNE

Andere Kernkompetenzen sind heutzutage für einen Professor wesentlich wichtiger, wie ein Auszug aus dem Portal *academics.de* belegt: »So kommt man in bestimmten Fächergruppen wie in der Medizin und den Geisteswissenschaften oft nicht um die Habilitation herum. Bei der Berufung achten die Universitäten nicht allein auf die fachliche Qualifikation der Bewerber, sondern auch auf deren internationale Vernetzung und Kontakte zu potenziellen Drittmittelgebern.«

Oh ja. Und Christian Drosten verfügt sowohl über internationale Vernetzung als auch über Magnetwirkung gegenüber Drittmittelgebern. Als amerikanisierter Akademiker weiß Drosten geschäftlichen Ehrgeiz mit Wissenseifer zu kombinieren. So steht er einer Ausgründung aus der Charité mit Namen *Labor Berlin* vor. Labor Berlin gehört wiederum zu je einer Hälfte der Charité und der Vivantes GmbH. Vivantes: das ist das Produkt einer Umwandlung öffentlicher Berliner Krankenhäuser zu einem marktwirtschaftlich orientierten Konzern, einstweilen noch im Besitz der Stadt Berlin. Und wer glaubt, die Charité wäre noch immer ein hehres Krankenhaus, nur dem Gemeinwohl verpflichtet, der irrt. Die Charité in ihrem heutigen Selbstverständnis – ein Konzern: »Die Charité ist ein Großunternehmen, das zu 100 Prozent dem Land Berlin gehört und zuletzt Gesamteinnahmen in Höhe von 2,0 Milliarden Euro im Jahr erzielt hat.«

Richtig. Mitbestimmung der Gewerkschaften? Tariflohn? Dank des »rot-roten« Berliner Senats von 2002 bis 2011 Asche von vorgestern. Im Vorstand sitzen zwei Führungsgestalten der Bayer AG. Sowie Irmtraut Gürkan, die zuvor das Heidelberger Klinikum kurz und klein gespart hat. Das ist das geeignete Umfeld für den Unternehmer-Professor Christian Drosten. Über die Stationen Hamburg-Bonn-Berlin ging es steil bergauf.

Zunächst kreierte Doktorchen Drosten die SARS-Epidemie. An dieser furchtbaren Seuche, die Drosten im Jahre 2003 an die Wand zu malen wusste,

verstarben weltweit 774 Menschen, bei 8.096 registrierten Fällen. Im Jahre 2006 dann die Drogen-Apokalypse mit seiner Vogelgrippe. Sein Kompagnon war in diesem Falle der WHO-Funktionär Klaus Stöhr, der nach vollbrachtem Prognose-Fiasko zum Pharmariesen Novartis überwechselte.

Und nun also SARS-Cov2. Was diesmal besser gelaufen ist: Alle Lücken der *Plandemie* wurden seit dem Vogel- und Schweinegrippen-Desaster weltweit geschlossen. Es gibt kein Entrinnen mehr, außer nach Uruguay, Weißrussland oder Schweden. Das ganz große Geschäftsmodell des Christian Drosten ist ja, wie allgemein bekannt, der PCR-Test (Polymerase Chain Reaction). Mit dem werden irgendwann alle Bundesbürger gequält. Rückreisende Touristen, Lehrer, Schüler, Betreuer, Pfleger. Ein Testkit kostet zwischen 85 bis 260 Euro – je nachdem, wie schnell Sie das Ergebnis des Tests bekommen wollen.

Bezahlen dürfen in vielen Fällen Sie selbst. Und nachdem jetzt Angst und Panik im Lande geschürt sind und die Menschen sich gegenseitig denunzieren, dass die Schwarte kracht, geht das perverse Geschäft mit der Angst gerade erst richtig los. Sie wissen ja, dass die PCR-Tests eigentlich nur dazu da sind, bei Menschen, die erkrankt sind, den genauen Virus-Typ schnell zu ermitteln. Für die Traktierung von kerngesunden beschwerdefreien Menschen waren die PCR-Tests nie konzipiert worden. Genau damit verdienen sich aber Drostens Freunde gerade dumm und dämlich, und der Rubel kommt jetzt gerade erst richtig ins Rollen.

So meldet das Ärzteblatt, dass der sogenannte Gesundheitsfond (da zahlen Kassenpatienten, ihre Arbeitgeber und der Bund, also wir, mächtig ein) den Kassenärztlichen Vereinigungen 103 Millionen Euro für PCR-Tests überwiesen hat. Könnte erklären, warum nicht wenige Ärzte das unsinnige Corona-Narrativ stillschweigend hinnehmen, wider besseres Wissen. Ja, und der größte Teil der Summe, nämlich 74 Millionen Euro, ist gerade erst in den letzten vier Wochen aus öffentlichen Mitteln in die privaten Hände der PCR-Profiteure geflossen. – Geschickt eingefädelt, nicht wahr? Auf jeden Fall unvorstellbar kriminell, das ganze Corona-Geschäftsmodell.

Zur weiteren Information empfiehlt DW kollegial die ebenfalls außerordentlich solide recherchierte Webseite corodoc.de

Shutdown II

von Hendrik Sodenkamp

Am 28. Oktober 2020 beschlossen die Ministerpräsidenten der Länder gemeinsam mit der Bundeskanzlerin das öffentliche Leben in Deutschland zu beenden.

Auf der Straße dürfen sich nur noch Menschen aus »zwei Haushalten« treffen, maximal zehn Personen. Die gesamte Gastronomie wird geschlossen, möglich bleibt dort nur »to go« und Lieferdienste, die zu großen Teilen von monopolistischen Onlineplattformen gesteuert werden. Museen, Theater und Konzerträume sind wieder zu. Sport ist verboten, Massagen und Maniküre ebenfalls.

Im Alltag bedeutet dies, dass ein Gespräch auf dem Parkmüerchen von drei Freunden von der Polizei mit einem Bußgeld belegt werden kann. Unter Kollegen ist der gemeinsame Gang zur Bahn nach der Arbeit untersagt. Für den gesamten November sind die öffentlichen Orte von oben herab dicht gemacht. Menschliche Kontakte werden auf die Arbeitsstelle und den engen Familienkreis reduziert.

Nun sind die Freiheitsberaubungen da, angeblich für einen Monat. Dabei unterscheiden sie sich nicht sehr vom Zustand des ersten Halbjahres. Es ist unwahrscheinlich, dass die Maßnahmen im Dezember zurückgenommen werden. Dafür ist das Kriterium für das Ende absichtlich schwammig formuliert: Die Gesundheitsämter sollen dann nicht mehr überlastet sein und jede Infektionsquelle soll zurückverfolgt werden können. Nach Merkel sind die Gesundheitsämter ab einem R-Wert um die 50 nicht mehr überlastet, ein Wert, der in der kalten Jahreszeit nicht zu erreichen sein wird.

Das ist das Herrschaftsverständnis im Jahre 2020: Die Menschen sollen nicht mehr machen können, was sie wollen, ihre privaten Räume dürfen nach illegalen Menschen durchsucht werden, Strafen für eine unliebsame Unterhaltung an der Straßenecke werden ausgesprochen und das, weil irgendeine Behörde irgendeinen Job machen können muss. Also: *Fragen Sie nicht, was das Gesundheitsamt für Sie tun kann. – Fragen Sie sich, was Sie für das Gesundheitsamt tun können.*



MELDUNGEN

PLÖTZLICHER TOD DES BUNDESTAGSVIZES

Göttingen/DW. Am Sonntag, dem 25. Oktober, brach Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann (SPD) plötzlich und völlig unerwartet mitten in der Vorbereitung eines Interviews für die ZDF-Sendung »Berlin direkt« zusammen. Er verstarb im Alter von nur 66 Jahren kurz vor der Live-Schaltung aus dem Max-Planck-Institut in Göttingen. Von einer Vorerkrankung oder körperlicher Schwäche ist nichts bekannt. Oppermann war einige Jahre Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 2017 auf den geruhsamen Posten des Bundestagsvizepräsidenten gewechselt. Zuletzt hatte er seinen baldigen Rückzug angekündigt. Drei Tage vor seinem Tod äußerte Oppermann in der SPD-Zeitung Vorwärts Kritik am Alleingang der Merkel-Regierung wie der Ministerpräsidenten der Länder. Er forderte mehr Mitsprache der Parlamente ein, sowie deutlich mehr Transparenz in der Corona-Politik, plädierte »für die offene Debatte«.

CORONA-ANGST: BLUTSPENDEN FEHLEN

Bayreuth/DW. Laut Meldungen mehrerer Universitätskliniken, darunter die Uniklinik Bayreuth, stehen den Krankenhäusern und Rettungsdiensten in Deutschland Blutkonserven nicht mehr in ausreichender Menge zur Verfügung. Es fehlen besonders Blutkonserven der Gruppe Null. Grund: Seit Einführung der Maskenpflicht bleiben die Spender aus. Die Vorstellung, beim Blutspenden nur eingeschränkt atmen zu können mit Maske, erscheine bedrohlich. Zu Beginn der Corona-Kampagne, vor der Maskenpflicht, war die Spendenbereitschaft dagegen außergewöhnlich hoch gewesen. Die aktuelle Knappheit werde demnach zudem verschärft, weil Operationen, die nichts mit Corona zu tun haben, monatelang aufgeschoben wurden und jetzt massiv nachgeholt werden müssen. Betroffen sind neben Vollblutspenden auch Plasmaspenden. Gesucht würden dringend Plasmaspender mit Covid-19-Antikörpern.

GOOGLE AUF GLEICHSCHALTUNGSKURS

Berlin/DW. Im Zuge des US-Konzernprogramms »Google News Showcase« schüttet der De-Facto-Monopolist Google-YouTube in den kommenden drei Jahren eine Milliarde Dollar (rund 855 Millionen Euro) an rund 200 Verlagshäuser in aller Welt aus. Zu den ausgewählten deutschen Vertretern zählen laut Pressemitteilung des Konzerns 20 Unternehmen, die allesamt den Corona-Fake-Kurs fahren, darunter Der Spiegel, Die Zeit, Tagesspiegel, Rheinische Post. Zeitgleich wurde bekannt, dass YouTube das kritische Presseportal KenFM eine weitere Sperre aufdrückte, die den Kanal gänzlich gefährdet (siehe auch kenfm.de).

BENEFIZ FÜR JOURNALIST ASSANGE

Köln/DW. Für den seit Jahren verfolgten Journalisten Julian Assange findet eine Benefizauktion statt. Der Erlös der Versteigerung »Imagine« geht an John Shipton, den Vater Assanges, zur Unterstützung des Gründers von Wikileaks (siehe DW 24). Als Auktionator fungiert der Geschäftsführer der Kunstmesse Art Cologne, Gérard Goodow. Die Versteigerung soll am 14. November ab 19 Uhr stattfinden: Michael-Horbach-Stiftung, Wormser Straße 23, Köln. Das Benefiz geht auf die Neue Rheinische Zeitung zurück, die am 16.10. vor dem Kölner Dom den Alternativen Karlspreis an Assange und die Friedensaktivistin Sabiene Jahn verliehen hatte.

POSTVERSANDABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zur auflagenstärksten Wochenzeitung der Republik gewachsen. Sie verkauft keine Anzeigen, sammelt keine Daten ein und ist von großen Mäzenen, Strukturen, Staaten und Regierungen unabhängig. Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von tausenden einzelnen Spendern und freiwilligen VerteilerInnen, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist.

Parallel dazu möchten wir den Versuch unternehmen, den Widerstand als unabhängige und gedruckte Wochenzeitung für alle zu etablieren. Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit € 10.- in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse unseres Vereines. Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke! – Kontakt auch über demokratischerwiderstand.de

NAME _____

TELEFON + E-MAIL _____

STRASSE UND HAUSNUMMER _____

POSTLEITZAHL UND ORT _____

K.D.W. e.V.
Berliner Allee 150
13088 Berlin

